

# Stadt Heidelberg

AntragNr.:  
**0 0 6 7 / 2 0 2 3 / A N**

Antragsteller: SPD  
Antragsdatum: 15.06.2023

Federführung:  
Dezernat I, Amt für Finanzen, Liegenschaften und Konversion

Beteiligung:

Betreff:

**Müllaufkommen durch Einwegverpackungen eindämmen  
- Verpackungssteuer für Heidelberg!**

## Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	29.06.2023	Ö		
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität	20.09.2023	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	27.09.2023	Ö		
Gemeinderat	12.10.2023	Ö		

**Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1**

## Antrag Nr.: 0067/2023/AN

Briefkopf des Antragstellers:



Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

[SPD-Gemeinderatsfraktion, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg](#)

**Herrn Oberbürgermeister  
Prof. Dr. Eckart Würzner  
Rathaus  
69117 Heidelberg**

Prof. Dr. Anke Schuster, Fraktionsvors.  
Mathias Michalski, stellv. Vorsitzender  
Sören Michelsburg, stellv. Vorsitzender  
Karl Emer  
Johannah Illgner  
Adrian Rehberger  
Michael Rochlitz

Marktplatz 10  
69117 Heidelberg

06221/5847150  
06221/584647150

geschaeftsstelle@spd-  
fraktion.heidelberg.de

[www.spd-fraktion-heidelberg.de](http://www.spd-fraktion-heidelberg.de)

16.06.2023

### Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderats beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

### **Müllaufkommen durch Einwegverpackungen eindämmen | Verpackungssteuer für Heidelberg!**

Die Verwaltung wird aufgefordert,

- dem am 1. Januar 2022 in Kraft getretenen Tübinger Modell (welches nun durch das Bundesverwaltungsgericht bestätigt wurde) folgend eine Satzung zur Erhebung einer kommunalen Steuer auf Einwegverpackungen von Speisen und Getränken, die zum sofortigen Verzehr abgegeben werden, zu erarbeiten.

### **Begründung:**

Die öffentlichen Flächen in Heidelberg werden durch weggeworfene Plastik-Einwegverpackungen im Gastro-Bereich zunehmend belastet. Getränke-Becher, Salad-Bowls, Asia-Food-Behältnisse, Smoothie-Becher et cetera müssen von den Heidelberger Diensten eingesammelt werden.

Dadurch entstehen der Stadt zusätzliche Kosten, überdies ist die Umweltbelastung erheblich, ebenso wie bei Coffee-to-go-Bechern. Wir bitten vor diesem Hintergrund die Verwaltung, eine entsprechende Satzung in Anlehnung an die seit Januar 2022 bestehende Verpackungssteuer in Tübingen zu erarbeiten.

Wir hatten bereits im Jahr 2019 einen Antrag zur Erarbeitung einer Verpackungssteuer-Satzung gestellt – damals hat uns die Verwaltung empfohlen den Antrag zurückzustellen bis die neue EU-Einwegkunststoff-Richtlinie bis zum 03.07.2021 in Kraft tritt und die Rechtmäßigkeit der Verpackungssteuer in Tübingen gesichert ist. (Vergleiche Drucksache 0173/2019/IV) Beide Fälle sind nun eingetreten und vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung erneut, eine Satzung für eine Verpackungssteuer in Anlehnung an das Tübinger Modell zu erarbeiten.

**gezeichnet SPD-Fraktion**